

Verantwortl. Redakteur: H. D. Köpfer in Stettin.  
Verleger und Drucker: M. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 M.  
vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht  
kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Petitzeile oder deren Raum im Morgenblatt  
15 Pf., im Abendblatt und Wochenblatt 30 Pf.

## Deutschland.

**Berlin, 5. Mai.** Der Kaiser empfing gestern Nachmittag nach der Rückkehr ins königliche Schloss den Vizepräsidenten des Reichstages, Staatsminister Dr. v. Bötticher zum Vortrag und hierauf den Hauptmann vom zweiten Seebataillon v. Kamp. Um 7 Uhr nahm der Kaiser das Diner beim königlichen sächsischen Gesandten am hiesigen Hofe Grafen Solenthal ein und kehrte nach demselben in das königliche Schloss hieselbst zurück.

An den Umständen, daß der Sohn des Herzogs von Cumberland in nächster Zeit das Gymnasium zu Dresden besuchen soll, werden von verschiedenen Blättern Mittheilungen über eine bevorstehende Verlobung des Kaisers mit dem Herzog von Cumberland, über die Thronfolge des letzteren und seiner Nachkommen in Braunschweig und solche Dinge mehr verbreitet. Es wird der „Magd. Ztg.“ mit der vollsten Bestimmtheit versichert, daß in keiner Beziehung irgend welche Vermählung in den Verhältnissen zwischen dem preussischen Hof und dem Herzog von Cumberland bevorsteht oder angeregt worden ist.

Die konservative Fraktion des Hauses der Abgeordneten widmet Herrn von Rauchhaupt folgenden Nachruf:

„Durch den Tod des königlichen Landraths a. D. von Rauchhaupt auf Storchwitz hat die konservative Partei und besonders die konservative Fraktion des Hauses der Abgeordneten, deren Vorkämpfer er seit 1879 war, einen schweren Verlust erlitten.“

Seine hohe Begabung, seine außergewöhnlichen Kenntnisse auf dem Gebiete der Verwaltung, sein weiter politischer Blick und seine vollständige Selbstlosigkeit, vereint mit großer persönlicher Lebenswürdigkeit, verschafften ihm die hervorragende Stellung, welche er im politischen Leben einnahm, und uneingeschränkte Hochachtung bei Freunden wie Gegnern.

Er war ein ebenso tüchtiger Beamter, als bedeutender Politiker, und der Takt, mit welchem er als treuer Beamter des Königs die Unabhängigkeit des Politikers zu vereinen wußte, trug in erster Reihe zu seinen Erfolgen bei. Er bleibt ein leuchtendes Vorbild für die konservative Partei.“

Die „Konf. Korresp.“ schreibt: „Herr Althardt kündigt neue „Entwässerungen“ an. Werden unsere Staatsbehörden, die ja auch in der Kladderadatschaffäre so merkwürdig „nach-sichtig“ waren, den Althardtschen Unfug wieder zum öffentlichen Skandal auswaschen lassen? Schon die Andeutungen des genannten Agitatoren dürften unserer Ehre genügen, um ihn deshalb zur Redenshaft zu ziehen, bevor er seine Verdächtigungen, von denen doch immer „etwas hängen bleibt“, in weite Volkstheile zu tragen vermag.“

Der „Reichs- und Staats-Anz.“ schreibt: „Ein französisches Zeitungs-entnommener Bericht über einen in Rom bei Gelegenheit des internationalen Kongresses mitgetheilten Vortrag des Generalstabes der Armee von Soler, betreffend die Wirkung der neuen Handfeuerwaffen, hat in verschiedenen deutschen Zeitungen Aufnahme gefunden. Auf diesem Umwege hat der Vortrag eine sensationelle Darstellung gefunden, welcher ein phantastisch-tendenzvolles Gepräge gegeben ist, und welche dem Inhalt desselben keineswegs entspricht. So wird berichtet, daß auf 480 (!) belebte, mit Waffen versehene und vollkommen ausgerüstete Leichen (!) Schiffe abgefeuert seien, während thatsächlich nur Versuche an mit Leinwand umhüllten Präparaten des Anatomischen Instituts gemacht sind. Nichts ist es, daß in Rom ein Vortrag seitens eines preussischen Sanitätsoffiziers über das genannte Thema gehalten ist, der aber ausschließlich für wissenschaftliche Kreise bestimmt und dadurch von höchster Bedeutung war, daß für die dort versammelten Chirurgen und Militärärzte aller Nationen in einem künftigen Kriege im Interesse der verwundeten einseitig leitende Gesichtspunkte gegeben wurden. Der Inhalt des Vortrags aber ist von den Angaben des Berichts fast in allen Punkten abweichend und in den wesentlichen sogar grundverschieden.“

Wie gut die Presse daran thut, von sozialdemokratischen Veranstaltungen möglichst wenig Notiz zu nehmen, wird man an dem Vorgehen erkennen, welches das offizielle sozialdemokratische Parteiorgan bei der Besprechung des Verhaltens der Presse anlässlich des diesjährigen Reichstages befolgt. Es kann nicht oft genug daran erinnert werden, daß die Presse, welche für die Erhaltung der gegenwärtigen Staats-, Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung eintritt, die Pflicht hat, jede Klage über die Unternehmungen der Herren Bebel, Liebknecht und Singer zu unterlassen und es kann dabei nicht gelogen werden, daß das frühere entgegengegesetzte Verhalten eines großen Theiles der staatsverehelichten Presse den Nimbus, welcher die genannten drei und die noch kleineren Götter der Sozialdemokratie in den Augen der Menge umgibt, mit hat herbeiführen helfen. Dagegen wird man überall den Ausdehnungen dieser Herren gegen die heutige Ordnung entgegenzutreten müssen, namentlich da, wo mit den Arbeitern ein ganz perfides Spiel getrieben wird. Und dies geschieht anlässlich der Waisenseite. Nachdem die sozialdemokratische Parteileitung bei dem ersten dieser Feste einzusehen Gelegenheit bekam, daß eine allgemeine Arbeitniederlegung und somit eine eigentliche Feiern gegenüber dem festen Zusammenhalten der Arbeitgeber unmöglich war, begünstigte sie sich damit, jedem einzelnen Arbeiter die Entscheidung darüber zu überlassen, ob er sich im Stande fühle, die Arbeit niederzulegen oder nicht. Schon dadurch ist mittelbar die Aufforderung zur Begehung von Unbesonnenheiten gegeben. Noch mehr aber wird in der gleichen Richtung durch die Behandlung gewirkt, welche nunmehr das offizielle Parteiorgan denjenigen Arbeitgebern angedeihen läßt, welche die nicht zur Arbeit erschienenen oder sonstwie der sozialdemokratischen Aufforderung nachgegebenen Arbeiter aus der Arbeit entlassen haben. Die Arbeitgeber sollen dabei von einer blinden Wuth befreit sein, während die Arbeiter bemitleidet werden. Ja, wenn solche Beurtheilung der von den Arbeitern begangenen Unbesonnenheiten nicht zur Niederlegung der Arbeit aufreizt, dann wissen wir nicht, was es sonst thun sollte. Solange die sozialdemokratische Parteileitung selbst und unmittelbar für Niederlegung der Arbeit am 1. Mai eintritt, trug sie

wenigstens den Arbeitern gegenüber die Verantwortung für alle die Schäden, die aus dieser Stellungnahme erwachsen. Jetzt ist sie aller Verantwortung ledig, der Arbeiter aber, der sich zur Arbeitniederlegung verleiten läßt, muß sich in seinem selbstgeschaffenen Elend mit der Pyro von der blinden Wuth der Arbeitgeber abspülen lassen. Dieses Spiel stimmt leider zu dem ganzen Verhalten der sozialdemokratischen Führung, der es darauf ankommt, möglichst viele im Staate anzufrieden zu machen. Gegen ein solches Spiel aber giebt es nur ein Mittel und das ist das rücksichtslose Vorgehen der Arbeitgeber gegen die Arbeiter, welche am 1. Mai die Arbeit verweigern. Solche Arbeiter müssen nicht bloß vorübergehend, sondern dauernd entlassen werden. Auf diesem Standpunkt müssen alle Arbeitgeber stehen. Thun sie es, so ist für die nächsten Jahre nicht mehr zu befürchten, daß sozialdemokratische Aufreizungen zum 1. Mai Arbeiter und Arbeiterfamilien in Noth und Elend bringen werden.

Die Ueberweisungen an die Kreise auf Grund der lex Huene betragen im Ganzen von 31 Millionen Mark, bleiben daher gegen das Etatsjoll von 34 Millionen um 3 Millionen Mark oder nahezu 10 Prozent zurück. Daß ein Anfall gegen den Etat in Aussicht stand, ist bereits bei der Vorlegung des Etats für 1894-95 mitgeteilt worden. Für dieses Jahr ist wiederum der Betrag von 34 Millionen Mark eingestellt. Es ist dies bekanntlich das letzte Mal, daß die lex Huene zur Anwendung gelangt, denn von dem Etatsjahre 1895-96 ab fließen auch die landwirtschaftlichen Zölle wieder in vollem Betrage zur Staatskasse. Die Kreise werden daher gut thun, schon bei der Beschlußfassung über die ihnen im Laufe der nächsten Wochen zustehenden Ueberweisungen darauf zu achten, daß diese Einnahmequelle mit dem überragenden Jahre verliert und nur in der Betriebssteuer ein verhältnismäßig geringer Erlös in Aussicht steht. Es wird Sorge dafür zu tragen sein, daß der Uebergang zu der Zeit, wo die Kreise wesentlich auf ihre eigene, durch den Verzicht des Staates auf die Realsteuern allerdings sehr gestärkte Steuerkraft angewiesen sein werden, vorbereitet und erleichtert wird.

Der antisemitische Reichstagsabgeordnete Oberlehrer Dr. Förster hält in seinem Leitartikel vom 2. Mai „Die antisemitische Bewegung in Deutschland“ eine scharfsteifige Mißweisung im eigenen Lager ab. Ursache seiner Klage ist die bejammernswürdige geringe Anzahl der Abonnenten seines Blattes und die geringe Opferfreudigkeit seiner Anhänger. In seinem Vorgehen entschließen sich allerhand niedliche Wahrheiten über seine Partei, die man niedriger hängen muß. Er schreibt:

„Jawohl, mit Biertrinken, Singen, Feiern und Hochrufen, mit Stüttsungen und anderen Feiern und all der unschönen Partei-Weisheit, mit der oben Wiederholung der halbweisen oder auch unwarharen Parabeln, damit allein ist's nicht gethan; das sind Seitenblasen, an denen Kinder ihre Freude haben mögen.“

Herr Förster hat in einem Anfall von Selbsternennung die eigene Agitation und die seiner Gefinnungsgenossen mit richtigen Namen bezeichnet: „Debe Wiederholung halbwarer oder unwarharen Parabeln.“ Herr Förster geht noch einen Schritt weiter, den Schritt, den alle Antisemiten machen, wenn ihnen etwas im eigenen Lager nicht gefällt: sie entdecken — Verjudung! Dr. Förster fertigt die lauen Antisemiten wie folgt ab:

„An kluger Rede wird's nicht fehlen, ich höre schon von „Idealismus“ und „unpraktischer Art und Weise“ reden. Zum Teufel mit Eurem „Idealismus“, wie man ihn durch die Erfahrung kennen lernt, und mit Eurem „praktischen Verstand“, der etwas stark nach Zuhaltung riecht!“ Demnach wird man einen Antisemiten, der nicht, wie diese Leute sich ausdrücken, „verjudet“ ist, auch mit der Katze nicht finden können. Wie schon erwähnt, ist auch der „Kreuzzeitung“ bereits Verjudung vorgeworfen worden und zwar von der gleichfalls stark antisemitisch angehauchten ultramontanen „Germania“ in Berlin. Und so wird jeder dieser Antisemiten von dem andern abgethan.

Die Furcht vor der Konkurrenz der deutschen Industrie, welche in den letzten Sitzungen des englischen Unterhauses mehrfach einen für das Leistungsvermögen des deutschen Gewerbes sehr schmeichelhaften Ausdruck fand, wird als Beweis dafür angesehen werden dürfen, daß Deutschland in der Wahl seiner Mittel und Wege zur pfleglichen Entwicklung der Interessen des heimatischen Erwerbslebens jedenfalls eine glücklichere Hand gezeigt hat, als die englischen Wirtschafts-politiker sich träumen lassen. Der Erfolg ist die beste Rechtfertigung, und wenn er eine so unumwundene Anerkennung findet, wie dies vom englischen Regierungskreis aus geschieht, so wird das für unsere Industrie und deren Förderer nur eine Ermuthigung sein, auf den beschrittenen Bahnen vertrauensvoll weiter zu gehen. Qualitative Ueberlegenheit und größere Preiswürdigkeit sind die beiden wesentlichen Bedingungen, der deutschen Waare im Auslande ihren schon errungenen Rang zu sichern bzw. ihre eine immer hervor-ragendere Stellung zu erkämpfen. Was zur Erfüllung dieser Bedingungen beizutragen geeignet ist, erweist, ist den vitalen Interessen der deutschen Industrie dienlich, alles andere ist, wenn nicht direkt schadenbringend, so doch unnütz und zwecklos. Die deutsche Industrie darf sich auf die eingangs erwähnten parlamentarischen Kundgebungen aus England als auf ein volles Zeugnis dafür berufen, daß sie sich der auf ihre Angelegenheiten in Reich und Staat verwendeten Sorgfalt nicht unwerth gezeigt hat, wie auch, daß sie nicht auf Kosten der Gesamtheit des Volkes ein sorgenloses, privilegiertes Dasein zu führen trachtet, vielmehr es sich ohne Unterlaß angelegen sein läßt, auch innerhalb ihrer Sphäre nach bestem Willen und Können zur Mehrheit des Gemeinwohls beizutragen, insofern jeder Erfolg, den sie davonträgt, jede Anerkennung, die ihr zu Theil wird, am letzten Ende einen Vortheil für Deutschland als solches bedeutet.

Für die Chicagoer Weltausstellung war bekanntlich vom Reichs-Versicherungsamt ein Leit-faden zur Arbeiterversicherung des deutschen Reichs hergestelt. Im Hinblick auf die anzuwendende Nachfrage nach demselben und aus Anlaß der bevorstehenden Ausstellung in Antwerpen, an welcher sich auch der Verband der deutschen Berufs-gesellschaften beteiligen wird, hat das Reichs-Versicherungsamt unter Verwerfung der vor-

läufigen Rechnungsergebnisse für 1893 einen Neubruck des Leitfadens veranstaltet. Da der Leit-faden für einen allgemeinen Ueberblick über Inhalt und Wirkung der sämtlichen Zweige der Arbeiterversicherung ein überaus billiges und bequemes Hilfsmittel bietet, eine solche Kenntnis aber bei dem vielfachen Aneinanderreihen der Versicherungs-zweige gerade für die ausführenden Organe zur Sicherung einer einheitlichen und sachdienlichen Durchführung der Arbeiterversicherung besonders erwünscht ist, so hat das Reichs-versicherungsamt den Vorständen der Berufs-gesellschaften empfohlen, die berufsgesellschaftlichen Organe, insbesondere die Vertrauens-männer, soweit dies noch nicht geschehen sein sollte, mit jenem Hilfsmittel zu versehen.

**Weihenfeld, 4. Mai.** Zur Feier des hundertjährigen Bestehens des hiesigen Seminars sind mehrere Hundert Gäste hier eingeflossen. Heute findet eine Vorfeier statt. Der Kultus-minister Dr. Hoffe ist durch den Oberpräsi-denten der Provinz Sachsen, von Pommer-Esche, vertreten.

**Friedrichsruh, 3. Mai.** Heute Mittag trafen hier die Vertreter von 15 militärischen Vereinen des süddeutschen Hofleins, etwa 500 Mann, zu einem Jubiläumsgesellschaft beim Fürsten Bismarck ein, marschirten um 1 Uhr im geschlossenen Zuge unter den Klängen des Preussischen Marsches, gespielt von der Kapelle der Linienburgischen Dragoner, in den Park und stellten sich am Ballon hinter dem Schlosse auf. Nachdem Fürst Bismarck erschienen und die Offiziere zu sich gebeten hatte, hielt Weihenfeld-Gesellschaft eine Ansprache, die mit einem Hoch auf den Fürsten schloß. Es folgte der Gesang „Deutschland, Deutschland über alles“. Fürst Bismarck dankte als Kamerad und Nachbar, behandelte sodann das gegenwärtige Verhältnis Hofleins zu Deutschland gegen früher und sprach von dem Nutzen kameradschaftlicher Vereinigungen. Ein Vergleich der Zwanglosigkeit dieser mit der Verantwortlichkeit einer Minister-stellung veranlaßte Bismarck zu der Versicherung, er nehme sich nicht nach dieser Verantwortlichkeit zurück, freue sich vielmehr seiner Ruhe als Zuschauer. Die Begegnung seiner Gegner, daß er ehergierig sei und nach Rang und Titeln strebe, sei ihm ganz unverständlich; er könne und wolle nie mehr, als er sei, werden. Metternich, so be-merkte der Fürst, habe ihm ebenfalls später seine Freude über die Ruhe ausgesprochen; von solchen Ovationen aber, die ihm, Kerner, nach langjährigem Rücktritt wiederholt und heute wieder dar-geboten würden, habe er nie gehört. Bismarck schloß, er sei unbedarft auf Politik gekommen, während er doch alle Soldaten vor sich habe. Des Soldaten einzige Politik sei die Anhänglich-keit an den obersten Feldherrn. Hoch lebe der Kaiser! Nach dem Gesang „Heil dir im Sieger-krauz“ unterhielt sich Bismarck in ungezwungener und heiterer Weise mit den Theilnehmern des Tages. Später folgten die Vorstände und die Offiziere einer Einladung ins Speisezimmer. Um 3 Uhr erfolgte der Abmarsch. Das Aussehen des Fürsten war vorzüglich.

## Oesterreich-Ungarn.

Das österreichische Herrenhaus hat in zweiter und dritter Lesung die Gesetzesentwürfe, betreffend die Meldepflicht der Landflurwirthschaften, sowie betreffend die Ausdehnung der Unfallversicherung, gemäß den Regierungsvorlagen ange-nommen.

Eine am Schlusse der gestrigen Sitzung des österreichischen Abgeordnetenhauses eingebrachte Interpellation der steirischen Abgeordneten über die Lage der in der Kugelschloß eingekerkerten acht Personen bemängelt die Haltung der Behör-den bei der Rettungsarbeit, welche die ihrerseits vorzulegende Initiative Privatpersonen überlassen zu haben scheinen. Es sei wünschenswert, daß der Minister so bald wie möglich eine Mittheilung darüber abgebe, daß von berufener Seite das zur Rettung Nöthige mit erforderlicher Energie in Angriff genommen worden sei.

Die Hohenwarthe in Wien ist beigelegt. Aus Wien wird darüber gemeldet: Graf Hohen-wart zog die Demission zurück und bleibt Klub-Obermann, nachdem der Klub seinen gestrigen Be-schluß, für die Verlegung der Valutavorlage stimmen zu wollen, selber widerrufen. Insofern muß die Abstimmung über die Valutavorlage frei-gegeben werden, da ein Theil des Klubs bei der Verlegung beharrt. Der ganze Zwischenfall war von der liberalen Gruppe des Hohenwarthe zum Sprengung der Koalition bei den Haaren herbei-gezogen. Die Gruppe „Moritz-Dipault-Ebenholz“ im Hohenwarthe und die Gruppe „Kühnisch-Krophosinski“ im Polenklub sind koalitionsfeindlich und suchen fortwährend Gelegenheit, der Regie-rung ein Bein zu stellen. Für diesmal also ist die Intrigue noch vereitelt worden.

**Wienberg, 4. Mai.** Bei der Reichsraths-Ver-sammlung in dem Großgrundbesitz-Bezirk Bochnia-Wieliczka wurde der Gutsbesitzer Wodol-gewählt.

## Belgien.

Unter den belgischen Arbeitern greift neuer-dings die Neigung zum Auswandern merklich zu. In den letzten Jahren haben zahlreiche Arbeiterfamilien das Land verlassen, um in den Vereinigten Staaten ihr Glück zu machen. Sie sind fast ausnahmslos herbe enttäuscht worden, und wer irgend konnte und kann, kehrt nach der verlassenen europäischen Heimat zurück. Die in Amerika gemachten Erfahrungen sind allerdings wenig einladend. Lohnsätze von 3 bis 4 Dollars per Tag scheinen ja allerdings sehr bestechend, nützen dem Arbeiter aber blutwenig, wenn er nur einen Tag wöchentlich Arbeit hat, wie es z. B. in Wisconsin und vielen anderen Unionsstaaten jetzt der Fall ist. Trotzdem fallen noch immer-jetzt neue Unbefohlene dem Auswanderungsfluß zum Opfer.

Gesichtswiese verlautet in Brüssel in Folge der jüngsten anarchistischen Attentate, in Brüssel würde die Republikantenkammer demnächst damit befaßt werden, Ausnahmemaßregeln zu beraten.

**Lüttich, 4. Mai.** Sechs Anarchisten, welche in der vergangenen Nacht verhaftet worden waren, wurden heute wieder freigelassen. Die Gendarmerie und die Polizeimannschaften machen gemein-schaftlich Patrouillengänge durch die Stadt.

## Frankreich.

Die Anwendung des am 8. Oktober v. J. in Kraft getretenen französischen Fremden-gesetzes, dessen Tendenz in der Chikanterie der nach Frankreich zuziehenden fremdländischen Arbeiter

besteht, und das deshalb von den französischen Arbeitern ungeachtet ihrer schönen Grundzüge von Völkerverbrüderung und Solidarität der Arbeiter mit Jubel aufgenommen worden ist, dürfte fortan noch strenger gehandhabt werden, da die bishe-rigen Erfolge von dem, den französischen Arbeitern vorstehenden Ziele: Monopolisirung des heimischen Arbeitsmarktes, doch noch recht weit entfernt sind. Auf Anträgen der — fast durchweg in irgend einer Form sozialistisch gesinnten — Ar-beiter sind den ausländischen Genossen foblen von Behörbewegen die Bestimmungen des Fremden-gesetzes erneut eingeschärft, und ist eine Menge von Strafmandaten gegen Säumige erlassen worden.

**Paris, 4. Mai.** Die französische Regie-rung überwieß dem Komitee in Athen zur Hilfe-leistung für die durch das Erdbeben Geschädigten 5000 Franks.

## Italien.

**Rom, 4. Mai.** Der König hat die De-mission des Unterstaatssekretärs im Ministerium des Auswärtigen, Antonelli, angenommen.

Der wahre Grund des Rücktritts des Grafen Antonelli bestand in einem ernsten Zerwürfniß über den Charakter der Afrikapolitik, welche Crispi-ni und Bianchi kräftig weiter entwickelt, Antonelli jedoch auf das von Massania, Keren und Asmara begrenzte Dreieck beschränkt wissen wollte. Außer-dem bekämpfte Antonelli, welcher selbst bekanntlich mehrere Jahre am Hofe des Negus Menelik weilte, die Kolonisierung der Afrikakolonie durch italienische Bauern als unzuverlässig und politisch gefährlich.

## Großbritannien und Irland.

Im englischen Unterhause erklärte der Präsi-dent des Handelsamtes, Mundella, die englische Regierung habe bekannt gegeben, daß das Gesetz über den Branntweinhandel auf der Nordsee am 23. Mai in Kraft trete; gleichzeitig seien die er-forderlichen Schritte zur Durchführung des Ge-setzes mit der Admiralität vereinbart worden. Das Unterhaus nahm im Verlaufe der Sitzung die zweite Lesung der Bill betreffend die Ein-tragung der Wähler in die Wählerlisten und be-treffend die Wahlreform mit 292 gegen 278 Stimmen an. Die geringe Majorität rief auf den Banken der Opposition lauten Jubel hervor.

Der Premierminister Lord Rosebery theilte im Oberhause mit, er beabsichtige vorzuschlagen, daß die Pfingstferien auf die Zeit vom 10. bis 28. Mai festgesetzt werden.

Das Schwurgericht in London verurtheilte gestern den Anarchisten Politi zu zehn Jahren und den Anarchisten Fornara zu zwanzig Jahren Zwangsarbeit. Bei der Verurteilung des Ur-theilspruches über Fornara und Politi bemerkte der Richter: Es ist gut, daß man erfährt, daß das englische Gesetz keine, die wie die Angeklagten, in England Bombenattentate vorbereiten, erreicht und mit strengen Strafen trifft.

Der Herzog von Koburg ist gestern Mittag in Clarence-House eingetroffen und empfing später den Besuch des Prinzen von Wales.

## Australien.

Die Hochzeit des russischen Thronfolgers und der Prinzessin Alix von Hessen findet, neuester Feststellung zufolge, nicht vor Oktober statt. Der Hochzeitstag der Großfürstin Xenia ist noch immer unbestimmt, da derselbe von der Reisefähigkeit des kranken Großfürsten Georg abhängig ist, der sich seit zehn Tagen auf dem Landgute des Groß-fürsten Michael, Borisow, aufhält. Zur Ver-lebung der Prinzessin Alix von Hessen mit dem Großfürsten Thronfolger von Rußland erfahren die „Berl. N. N.“, die Verlobung habe erst statt-finden können, nachdem aus der Formel, welche die Prinzessin beim Uebertritt zur griechischen Kirche brauchen mußte, die Worte gestrichen wor-den seien, daß ihr früherer evangelischer Glaube Unannehmlichkeiten bei der Verlobung soll die Prin-zessin mehrere Stunden mit dem Großfürsten-Thronfolger die Punkte des Glaubenswechsels be-sprochen haben. Bei dieser Gelegenheit sei er-wähnt, was die radikale „Westminster Gazette“ erzählt: „Es dürfte nicht allgemein bekannt sein, daß die Prinzessin Alix die erste Liebe des verstorbenen Herzogs von Clarence war. Zwei Mal hat er ihr einen Heirathsantrag gemacht. Die Prinzessin war jedoch zu damaliger Zeit fest ent-schlossen, nur aus Liebe zu heirathen. Sie hatte den Herzog als Better gern, fühlte sich jedoch nicht in dem Grade zu ihm hingezogen, um ihre Hand zu bieten, so daß sie seine Anträge abwie.“

**Petersburg, 4. Mai.** Die hier aus Finn-land verbreiteten Nachrichten erweisen sich als un-genaue und unrichtig. Es wurde den sonst ohne Zweifel erscheinenden finnischen Blättern mitgeteilt, daß alle auf die Enthüllung des Den-kmals bezüglichen Artikel und die Festreden vor dem Druck der „Jenfin“ vorzulegen seien. Zu-widerhandeln wurde mit Strafen bedroht. Letz-teres erwies sich als überflüssig, denn das Fest verlief ohne Zwischenfall in glänzendster Weise unter reger Volksbetheiligung.

Der Großfürst-Thronfolger ist heute Abend in Gatchina eingetroffen.

## Serbien.

**Belgrad, 3. Mai.** Die geplante Reise des Königs Alexander nach Konstantinopel ist trotz aller Ablehnungen nunmehr endgültig beschlossen. Von dort dürfte der König sich nach Athen begeben.

Der Finanzminister Petrowitsch ist nach Berlin gereist.

## Amerika.

**Washington, 1. Mai.** Die Coresche Armee machte heute einen Versuch, um ihre Umgebung vor dem Kapitol abzuwachen. Die Sache blieb aber auf die engsten Grenzen be-schränkt, nur 400 Personen beteiligten sich an der Rundgebung, statt der Tausende, die angeblich von dem Kongreß Verdrängung ihrer Wünsche er-langen wollten. Das Wetter war vorzüglich. An der Spitze des Zuges befand sich eine Musik-bande, dann kamen Fahnen mit der Aufschrift „Friede auf Erden und dem Menschen ein Wohl-gefallen, aber Tod dem Fäulnis.“ Die Ab-theilungsführer waren beritten, während Cores selbst nebst seiner Gattin in einem Wägelchen fuhr. Cores' siebenjährige Tochter erschien in dem Zuge auf einem Schimmel als Göttin des Friedens. Die Zuschauer betrachteten die

Annahme von Interaten Hofmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen größeren Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasensteins & Vogler G. L. Daube, Invalidendank. Berlin Bernh. Arndt, Max Gewestmann. Elberfeld W. Thienes. Greifswald G. Hies. Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg Joh. Nootbaar, A. Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg a. Frank-furt a. M. Heinr. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolf & Co.

Sache als einen Mst, besonders die vom flachen Lande nach Washington gekommenen. Vor dem Kapitol waren zahlreiche Schutzmannschaften zu Pferde und zu Fuß aufgestellt, die dem Zug den Weg versperren. Cores stieg von seinem Wagen und sprang über die Einfriedigungsmauer des Kapitols, Broome, ein anderer Führer der Arbeits-losen, folgte ihm, ebenso eine Anzahl Arbeitsloser. Aber bald bekam die Polizei die Oberhand. In dem Gewühl gelang es Cores, die Stufen des Kapitols zu erreichen, jedoch ehe er noch ein Wort sprechen konnte, packte ihn die Polizei. Nach einem harten Handgemenge wurden die Arbeits-losen aus den Anlagen vertrieben. Während Cores selbst hinausgeschafft wurde, verfuhr er den bereit gehaltenen Einspruch zu verlesen. Fortwährend schrie er: „Für die Presse!“ Die Polizei mußte ausgiebigen Gebrauch von ihren Knütteln machen, und mancher müßige Zuschauer und Un-betheiligte bekam ihn gleichfalls zu fühlen, wenn er die Arbeitslosen hochleben ließ. Alles das ge-schah an der Nordseite des Kapitols. Dann mar-schirte der Zug unter vielen Hochrufen nach der Südseite des Kapitols. Broome, Jones und ein anderer Führer der Arbeitslosen wurden wegen Ruhestörung verhaftet, Broome hat einen Polizeiführer mit seinem Revolver bedroht. Der Kongreß hatte sich, als der Zug vor dem Kapitol ankam, grade verlagert, um das Andenken des verstorbenen Sekre-tärs Stodbridge zu ehren. Cores selbst will in Washington bleiben, bis andere Banden seines Heeres ankommen. Von Chicago sind 400 Mann aufgebogen und von Salt Lake City 500.

**Washington, 2. Mai.** Cores, der Führer der Arbeitslosen, und seine beiden Unterführer wurden heute wegen des Eindringens in das Ge-biet des Kapitols verhaftet, gegen Hinterlegung einer Bürgschaft aber wieder freigelassen. Der Prozeß gegen sie wird am Freitag stattfinden.

In Cleveland (Ohio) haben sich die Un-ruhigen heute wiederholt; die Arbeitslosen, unter denen sich mehrere Polen befanden, warfen Feuersteine ein. Mehrere Personen wurden verhaftet.

**Chicago, 29. April.** Die Weltausstellungs-Gebäude, soweit dieselben noch vorhanden, sind an einen Baumeister aus St. Louis für — 75 000 Dollar verkauft worden. Die Baustoffen betrugen 7 604 195 Dollar. Zwei Chicagoer hatten eben so viel wie der St. Louiser geboten, aber nicht sofort das Baargeld dafür niedergelegt. Das einzige Gebäude, welches vom Verkauf aus-geschlossen ist, ist der Kunst-Palast, wo bekanntlich das kolombische Museum untergebracht wird. Die Part-Kommissäre werden im ganzen etwa 1 800 000 Dollar für die Verschönerung des Parks zur Verfügung haben. Sie erhielten unge-fähr 4 200 000 Dollar vom Weltausstellungs-Direktorium und hatten am Ende der Weltaus-stellung einen Restbestand von 500 000 Dollar, welche Summe sie im Laufe der zwei Jahre, wo ihnen die Verwaltung abgenommen war, erspart hatten.

## Stettiner Nachrichten.

**Stettin, 5. Mai.** Die Bestimmungen des § 21 der Verkehrs-Ordnung für die Eisenbahnen Deutschlands, betreffend das Verfahren gegen Rei-sende ohne gültige Fahrkarten, werden von dem Publikum nicht derart beachtet, wie es das Inter-esse der Reisenden erfordert. Nach den besonderen Bestimmungen hat derjenige Reisende, welcher ohne gültige Fahrkarte betroffen wird, für die ganze von ihm zurückgelegte Strecke, und wenn die Zugangsstation nicht sofort ungewisselhaft nach-gewiesen wird, für die ganze vom Zuge zurück-gelegte Strecke das Doppelte des gewöhnlichen Fahrpreises, mindestens aber den Betrag von sechs Mark zu entrichten. Der letztere Betrag ist auch für den Fall zu bezahlen, daß der Zug sich noch nicht in Bewegung gesetzt hat. Derjenige Reisende jedoch, welcher unangefordert dem Schaffner oder Zugführer meldet, daß er wegen Verhütung seine Fahrkarte habe lösen können, hat nur den ge-wöhnlichen Fahrpreis mit einem Zuschlage von 1 Mark, keinesfalls jedoch mehr als den doppelten Fahrpreis zu zahlen. Um sich gegen Schaben und Weiterungen zu schützen, ist es für den Rei-senden in letzterem Falle geboten, sofort vor oder beim Einsteigen dem Schaffner zu melden, daß er sich nicht im Besitze einer Fahrkarte befinde, und nicht erst das Erscheinen des Schaffners zur Prü-fung bezug. Durchsichtigung der Fahrkarten abzu-warten. Die Beobachtung der sofortigen Meldung ist auch insofern besonders wichtig, als auf den abgeperrten Strecken eine Nachprüfung der bereits beim Zugang zum Bahnsteige durchsuchten Karten im Zuge nur noch insofern stattfinden, als der Aufenthalt des Zuges auf der Station hierzu aus-reicht. Reisende, welche die fragliche Meldung unterlassen, haben demnach bei unterwegs statfin-fenden Zugverhörungen durch die hierzu besonders angestellten Zugverhörer zu gewärtigen, daß von ihnen der doppelte gewöhnliche Fahrpreis, minde-stens aber der Betrag von 6 Mark eingezogen wird. Der Reisende setzt sich außerdem einer straf-rechtlichen Verfolgung wegen Betruges aus.

Die Verwaltungsgerichte haben nach einem in Uebereinstimmung mit seiner bisherigen Rechtsprechung ergangenen Urteil des Ober-Verwal-tungsgerichts, 1. Senat, vom 14. Februar 1894 über die Anordnung von Neu- und Re-paraturarbeiten bei Schulen, welche der allgemeinen Schulpflicht dienen, gegebenen Falls in demselben Umfang und in demselben Maße zu befinden, wie dies den Bezirksverwaltungen zur Ein-führung der Verwaltungsgerichtsbarkeit zustand. Eine Schranke in dieser Beziehung besteht, abge-sehen von der aus der Natur des Streitverfahrens folgenden Vorschrift im Schlußsage des § 7 Landverwaltungs-gesetz vom 30. Juli 1883, wo-nach die Entscheidungen nur die Parteien und die im Streitverfahren erhobenen Ansprüche betreffen dürfen, einzig und allein darin, daß nach § 49 Abs. 2 und 3 des Schulpflicht-gesetzes vom 1. August 1883 eine Nachprüfung der von den Schul-aufsichtsbehörden innerhalb ihrer gesetzlichen Zuständigkeit über die Ausführung von Schulbauten getroffenen allgemeinen Anordnungen, sowie der von den Schulaufsichtsbehörden über die Einrich-tung neuer oder die Theilung vorhandener Schul-sozialitäten für nötig erachteten Maßnahmen zu unterbleiben hat. Insbesondere unterliegt die Prüfung der Frage, ob im Zusammenhange mit einer bestehenden Schule ein weiteres Klassenzimmer erforderlich, und eventuell ob dieses in Erweite-rung der bestehenden Schule oder durch Grün-dung einer Zweigschule in einem anderen zu dem-selben Schulverbände gehörenden Orte zu beschaffen



